

14. November 2024

****Aufruf zur Protestaktion gegen drohende Kürzungen in der Wohnungsnotfallhilfe****

„Unkürzbar: Schlafplätze und Beratung dürfen kein Glücksspiel sein!“

Kommt zur Protestaktion am 20.11.2024 um 14 Uhr vor dem Roten Rathaus!

Wir rufen alle auf, an unserer Protestaktion teilzunehmen, um gegen die drohenden Kürzungen im sozialen Bereich zu kämpfen. **Bringt Schlafsäcke und Decken mit!** Wir werden uns symbolisch in Schlafsäcken niederlegen, um die Folgen von Kürzungen in der Wohnungsnotfallhilfe sichtbar zu machen. Leere Stühle werden für gestrichene Beratungsplätze stehen und eine „Schlafplatz- und Beratungsplatzlotterie“ zeigt, wie unsicher und willkürlich die Hilfsangebote werden könnten. Diese Aktion verdeutlicht:

Wohnungsnotfallhilfe ist #unkürzbar!

Warum wir protestieren

Der Berliner Senat diskutiert aktuell über Kürzungen im sozialen Bereich, und wir sehen diese Entwicklung mit großer Sorge. Als Projekte der Wohnungsnotfallhilfe befürchten wir, dass auch unsere Hilfsangebote für wohnungslose Menschen davon betroffen sein könnten. Diese Unterstützung ist jedoch unverzichtbar, um Menschen in Not zu schützen – vor allem im Winter, wo Schlafplätze und Beratungen überlebenswichtig sind.

Unklare Entscheidungen und drohende Einschnitte

Bisher gibt es keine verlässlichen Informationen darüber, welche Projekte genau von den Kürzungen betroffen sein könnten, die im Januar in Kraft treten sollen. Erst im Dezember werden endgültige Entscheidungen erwartet, die dann unumkehrbar wären. Daher sagen wir schon jetzt: Kürzungen im sozialen Bereich sind inakzeptabel und gefährden die Unterstützung für Menschen in Not.

Unsere Forderungen

Bereits jetzt sind alle Hilfsangebote der Wohnungsnotfallhilfe an der Belastungsgrenze. Kürzungen in diesem Bereich würden dazu führen, dass mehr Menschen auf der Straße leben müssten. Außerdem gäbe es weniger Beratungsplätze für sozialrechtliche Fragen, weniger Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie weniger Sprachmittlungen und fachliche Begleitung zu Behörden. Wir lehnen daher Kürzungen in der Wohnungsnotfallhilfe entschieden ab. Darüber hinaus sind auch viele andere soziale Bereiche von Einsparungen

betroffen, wie etwa die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Familienhilfe. Wir möchten ausdrücklich unsere Unterstützung für die geplante Kundgebung dieser Organisationen am 21.11. um 9:30 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus Berlin aussprechen.

Setzt ein starkes Zeichen: Die Angebote des sozialen Hilfesystems dürfen keine verhandelbaren Posten im Haushalt sein – sie sind #unkürzbar!

Kommt zahlreich und bringt Schlafsäcke und Decken mit! Gemeinsam wollen wir ein deutliches Zeichen setzen und die untragbaren Folgen von Kürzungen für die betroffenen Menschen sichtbar machen. **#unkürzbar!**

Kontakt für Nachfragen: fg.migration@landesarmutskonferenz-berlin.de